

# Methodenkonkurrenz in der germanistischen Praxis

Herausgegeben von  
JOHANNES JANOTA

---

Sonderdruck aus:

Vorträge des Augsburger Germanistentags 1991  
Band 4

---

MAX NIEMEYER VERLAG  
TÜBINGEN 1993



## Zwischen dem ‚Prinzip Folgenlosigkeit‘ und dem ‚Prinzip Hoffnung‘ [?] – Zu Problemen von Germanistik und wissenschaftlichem Nachwuchs in den Neuen Bundesländern

### I

„Wer disputiert“, heißt es bei Schopenhauer, „kämpft in der Regel nicht für die Wahrheit, sondern für seinen Satz.“ Diese Gefahr, die bereits bei wissenschaftlichen Diskursen besteht, erscheint potenziert, wenn mit notwendig verkürzenden Statements jüngere WissenschaftlerInnen und Vertreter der Kultusbehörden über das Thema „Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ auf einem Podium zu diskutieren sich vornehmen. Zudem ist mittlerweile schon im vorab abzuschätzen, *wer wie* „seinen Satz“ präsentiert. Die Sieger ‚der Geschichte‘ stehen eigentlich ebenso im voraus fest, wie diejenigen, die aus der ‚Perspektive des Verlierers‘ diskutieren. Der assistentale oder professorale ‚Schreibtischkämpfer‘ bleibt auf das Feld der Polemik beschränkt, die zwar militant, aber nicht ‚handgreiflich‘ sein kann, denn über die Mittel der Personal- und Stellenpolitik verfügen die Ministerien.<sup>1</sup> Dem sich wiederholenden Disput über Nachwuchsfragen wohnt deshalb die Tendenz zur Ermüdung und Ritualisierung inne, weil in der Praxis die Verhältnisse versteinert bleiben. Man könnte auch vom ‚Prinzip Folgenlosigkeit‘ sprechen. Die Zeit ‚löst‘ das Problem auf einfache Weise, indem die ‚betroffenen‘ jungen WissenschaftlerInnen auf der Strecke bleiben, in andere Bereiche abwandern oder irgendwie den ‚Sprung‘ in Stellen schaffen, die ihre ‚Bedürftigkeit‘ ändern. Es kann darum der Eindruck entstehen, daß einer verständlichen Ermüdung Resignation auf der einen, selbstbewußte Coolness auf der anderen Seite gegenübersteht. Und wenn noch dazu Außenstehende meinen, daß es sich bei der Nachwuchsdiskussion doch nur um soziale Klagen einer nicht disponiblen Intellektuellengruppe handelt, dann verkehren sich Ursache und Wirkung in fataler Weise.

Angesichts der festgefahrenen Situation bleibt den Betroffenen mitunter nur das ‚Prinzip Hoffnung‘, denn wie heißt es bei Christa Wolf, Ernst Bloch zitierend: „Wenn wir zu hoffen aufhören, kommt, was wir befürchten, bestimmt.“ Aber das Hoffen allein erscheint zu dürftig. Gerade darum ist immer wieder das Herstellen von *Öffentlichkeit* notwendig, denn ein ergebenes Sich-Fügen in ein vermeintlich nicht abzuänderndes Schicksal wäre das letzte, was jüngere WissenschaftlerInnen akzeptieren sollten. Freilich wird der *circulus vitiosus* nur aufzubrechen sein, wenn sich die Voraussetzungen des Herangehens ändern, ernsthaft Veränderungen der Wissenschaftslandschaft, der universitären Ausbildung, der Rolle der Geisteswissenschaften ins Auge gefaßt werden und nicht beständig mit Finanzbudgets oder Prozentzahlen jongliert wird.

<sup>1</sup> Vgl. Thomas Steinfeld, Denker im öffentlichen Dienst, in: Merkur 45 (1991), S. 403–418, hier: S. 412.

## II

Diskussionen zu Fragen der Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses in den Neuen Bundesländern sollten die bis zum Herbst 1989 und danach gültigen Voraussetzungen wissenschaftlichen Arbeitens, der Struktur von Forschung und Lehre, der Stellung der Germanistik sowie die Ergebnisse im Blick behalten.

Die vergangenen Monate haben gezeigt: Wissenschaften sind nicht nach treuhänderischen Prinzipien umzugestalten und zu ‚verwalten‘. Die Hoffnungen auf einen langsamen, bedachten, innovationsorientierten Umbau waren nur zu verständlich, aber auch hier führten Zeitmangel sowie Angleichungsdrang und -notwendigkeit zu einer Eigendynamik, die einen *Prozeß* des Zusammenwachsens unmöglich machten.

Davon ist gerade der wissenschaftliche Nachwuchs der DDR in besonderem Maße betroffen, denn offensichtlich ist, daß bevorstehende Stellenkürzungen maßgeblich den akademischen Mittelbau treffen werden. Zudem sind junge WissenschaftlerInnen nunmehr *übergangslos* auf den ‚wissenschaftlichen Markt‘ geworfen und müssen sich dem Vergleich stellen. Frühere – vor der Vereinigung angestellte – Vorstellungen auf Förderung einer gesamtdeutschen Konkurrenz bei gleichzeitiger „Sicherung *gerechter Übergangsfristen* für die jüngere WissenschaftlerInnengeneration im östlichen Teil (in Verbindung mit gezielten Förder-/und Weiterbildungsmaßnahmen)<sup>2</sup> werden sich allem Anschein nach nur bedingt erfüllen. Aber da machen akademische Bereiche keine Ausnahme.

Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Einigkeit dürfte u.a. darüber bestehen, daß

- eine DDR-Nostalgie angebracht ist,
- die dringende Notwendigkeit der Hochschulerneuerung besteht,
- es um die Herstellung der Einheit von Lehre und Forschung geht.

Forderungen und Appelle können nicht auf Schonraumbedingungen für die jüngeren OstwissenschaftlerInnen abzielen, wohl aber darauf, daß ihr Profil nicht einseitig an einem Standard gemessen wird, der auch in der Bundesrepublik längst nicht mehr unumstritten ist.

Weniger in fachinternen Diskussionen als in öffentlichen Statements ist von den ‚ideologiebelasteten Fächern‘ die Rede, die es dringend zu erneuern gelte. Zu ihnen wird partiell auch die Germanistik gezählt.

Freilich stand die Germanistik in der DDR in einer engeren Beziehung zum sogenannten Überbau als naturwissenschaftliche Fächer, und eine kritische Aufarbeitung ihrer Fachgeschichte ist dringend notwendig. Aber aus den Begrenzungen und Devotionen nun eine Verwerfung abzuleiten, entspräche im wirklichen Sinne einem vulgärmaterialistischen Argumentieren, von dem Wolf Lepenies sprach.<sup>3</sup> Unbestritten bleibt: Germanistik als geisteswissenschaftliche Disziplin muß besonders da in eine Krise geraten, wo die ihre Tätigkeit fundierenden, als wissenschaft-

<sup>2</sup> Carsten Gansel, Sigrid Lange, Arbeitspapier zum akademischen Mittelbau, Gesellschaft für Germanistik e.V., Neubrandenburg, Jena 1990, S. 2 (unveröffentlicht).

<sup>3</sup> Wolf Lepenies, Eröffnungsvortrag auf dem Deutschen Germanistentag in Augsburg, 6.–9.10.1991.

lich angenommenen weltanschaulichen Grundpositionen wie die Ideologie, in deren Rahmen sie sich bewegte, zusammenbrechen. Wo eine spezifische Ausprägung der gesellschaftlichen Kommunikation nicht mehr existiert, ist es logisch konsequent, daß beispielsweise die Germanistik sich als Bestandteil und Mitproduzent von Kommunikationsverhältnissen neu zu orientieren hat.

Dennoch sollte man nicht zu dem vereinfachten Schluß gelangen, sie sei nun gänzlich desavouiert. Als ideologische *und* zugleich wissenschaftliche Form (und umgekehrt) hat die Germanistik notwendig kognitive Apparaturen entwickelt, die sich als *wissenschaftliche* einer einseitigen ideologischen Präformierung entziehen und gegen den Monismus einer Denkrichtung wenden mußten.

Zudem wird das Diktum der Ideologiebelastetheit spätestens dann problematisch, wenn es zu seiner Personalisierung kommt und das um so mehr deswegen, weil es auf jüngere WissenschaftlerInnen als *Träger* von Wissenschaft nur bedingt zutrifft.

Warum spreche ich das Stichwort der ‚Ideologiebelastetheit‘ hier an: weil es begründet zur Motivation eines West-Ostschubes dient – Gründungsprofessoren, Gastprofessuren, Emeriti sind zur Erneuerung der Ostwissenschaftslandschaft notwendig, ganz abgesehen von dem dadurch mitbewirkten fachinternen Austausch.

Problematisch allerdings würde es, wenn Erneuerung sich in der Praxis auf ein Einbahnstraßensystem reduzierte, somit ein einliniger *Ersatz* erfolgte, der noch ergänzt würde durch die Aufforderung an sämtliche westeuropäische Länder, bei der Aufforstung der Wissenschaftslandschaft in den Neuen Bundesländern behilflich zu sein. Es fragt sich dann begründet, welche Chance die OstwissenschaftlerInnen – ob jung oder älter – bei der Hochschulerneuerung wirklich haben.

Darum wäre es doch nur zu begrüßen, daß im Sinne einer sogenannten ‚Durchmischung‘ Gastprofessuren oder Lehraufträge auch in Ost-West-Richtung möglich würden. Das setzte allerdings wissenschaftliche Kontakte voraus. Da aber jüngere WissenschaftlerInnen über diese nur in Ausnahmefällen verfügen und wegen des noch nicht gelösten Überleitungsprocederes die potentielle Vermittlungsfunktion von Hochschullehrern ‚bisherigen Rechts‘ mitunter gelähmt ist, sollte es schon eine zwischen Ministerien und Hochschulen abgestimmte und gezielte Förderung geben.

### III

Es erscheint angebracht, im Kontext ‚Nachwuchs‘ einige wenige empirische Daten über die Problematik der DDR-Germanistik zu präzisieren. Die Struktur der vergangenen Wissenschaftslandschaft DDR differenziert zu betrachten, ist deshalb notwendig, weil sich eben daraus die heutigen Schritte nicht zuletzt für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ableiten.<sup>4</sup>

1. Der Hinweis auf eine notwendige Zusammenführung von Forschung und Lehre ist berechtigt, weil eine Vernachlässigung der universitären Bereiche existierte

<sup>4</sup> Vgl. dazu: Bericht der Arbeitsgruppe Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den neuen Ländern und im Ostteil Berlins (Auszug), Bonn 1991 (= Bildung – Wissenschaft – Aktuell 1991, 7), S. 9–31.

(Konzentration von Forschungspotential an außeruniversitären Einrichtungen mit Folgen für Lehre, Forschung, finanzielle Zuwendungen, Bausubstanz, technische Ausstattung, Planstellen, Projekte, Forschungsaufenthalte, Berufungsfragen). Aber das bedeutete nicht etwa, daß Forschung auf die Akademieinstitute beschränkt blieb. Ein Blick in einschlägige Publikationsverzeichnisse beweist, in welchem Maße an Hochschulen und Universitäten neben den Lehraufgaben – die Priorität hatten, – ernsthafte Arbeiten entstanden.

2. Die Lehre in der DDR wurde in entscheidendem Maße von Assistenten, Oberassistenten, Lektoren, Lehrern im Hochschuldienst abgedeckt. Assistenten mit einer Semesterwochenstundenzahl zwischen 8 bis 14 Stunden waren keine Ausnahme. Die Konsequenzen liegen – betrachtet man einzig den langen Weg von der Promotion bis zur B-Promotion (Habilitation) – auf der Hand. Hinzu kommt ein Gewirr von vielfältigen Zusammenhängen, das sich auf das wissenschaftliche Profil keineswegs nur hemmend auswirkte. Die Dominanz zentraler Forschungspläne; die Schwerpunktsetzung auf die Lehre, also die *Arbeit mit den Studenten*; die Existenz von für die gesamte Ausbildung verpflichtenden, auf Systematik und historische Abfolge abzielenden Studienplänen mit vorgegebenen Inhalten und verbindlichen Kanonwerken blieb nicht ohne Folgen: *Einerseits* ergab sich daraus die Möglichkeit, über einen langen Zeitraum an *einem* Thema wissenschaftlich zu arbeiten, wissenschaftliche Spezialisierung zu betreiben, *differenzierte Lehrerfirmungen* und Sachkenntnis breiter germanistischer Bereiche zu sammeln, Eigenständigkeit in der Lehre bis hin zur eigenen Vorlesungsgestaltung auszubilden. Mit anderen Worten, die Erprobungsmöglichkeiten in der Lehre waren für den wissenschaftlichen Nachwuchs umfangreich, es kam bei allen Leerstellen zu einer kontinuierlichen Aneignung und Vermittlung eines *Systems* von Wissen, das *nicht beliebig* war. Ebenso vielfältig sind *andererseits* die Nachteile: eingeschränkte, ideologiedurchsetzte Wertungen, Abkopplung von westeuropäischen Wissenschaftsdiskussionen, einseitige Orientierung auf Osteuropa, Auslassen ganzer Literaturperioden oder Wissenschaftsgebiete, zu enge Spezialisierung, Verbot von Westkontakten, Behinderung von Eigenständigkeit, eingeschränkte und sich wiederholende (Pflicht)Kanonpräsentation, schließlich Einengung von Phantasie und Kreativität, Behinderung des für wissenschaftliche Arbeiten notwendigen Gespürs für ausgefallene Fragestellungen. Gefordert war nicht Nonkonformität, sondern Affirmation, Disziplinierung anstelle von Widerspruchsgeist und Innovation.

Es gibt also insgesamt keine Gründe, einer ‚real-sozialistischen‘ Wissenschaftspolitik nachzutruern. – Die Negativ-Erfahrungen aber sollten nicht das Bewußtsein der Differenz verdrängen und schon gar nicht angesichts der wiederholt eingeklagten Erneuerungsnotwendigkeiten geisteswissenschaftlicher Ausbildung an deutschen Universitäten.

Was allerdings die Situation der jüngeren Ost-GermanistInnen heute betrifft, erscheint es problematisch, wenn ihre ‚Haben-Seiten‘ nunmehr in der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft etwa beim Bewerbungsverfahren kaum ins Gewicht fallen. Gefragt sind umfangreiche Publikationslisten und nicht differenzierte Lehrerfirmungen. *Daß* Forschungsergebnisse eine zentrale Rolle spielen, ist verständlich –

es ist dies immer noch eine relativ sichere Vergleichsmöglichkeit und ein objektivierendes Verfahren – wenn denn wirklich danach verfahren wird. Aber gerade darum sollte nicht die gänzlich andere Wissenschaftslandschaft in der DDR mit ihren Publikations(un)möglichkeiten unterschlagen werden. Um so hervorhebenswerter ist es nämlich, wenn jüngere GermanistInnen neben den Lehrverpflichtungen es oftmals unter Mühen erreichten, in den wenigen der repräsentativen Organe der Germanistik zu publizieren bzw. sich bereits als MitautorInnen von Büchern ausweisen zu können.

Und schließlich wäre überhaupt die Frage zu stellen, ob mit Blick auf Zukünftiges eine Orientierung an den personellen sowie strukturellen Standards in den Alten Bundesländern ausreicht: überfüllte Hörsäle, Seminare mit über 100 Studierenden erscheinen wenig reiz- und sinnvoll, und daran ändert sich auch nichts durch den möglichen ministeriellen Verweis auf einen überproportionalen Ausbau der Geisteswissenschaften in den 70er Jahren.

#### IV

Was gäbe es im Kontext der Hochschulerneuerung mit Blick auf die jüngere WissenschaftlerInnengeneration in den Neuen Bundesländern – aber nicht nur da – zu beachten?

1. Es scheint dringend angeraten, ein *gemeinsames* Konzept von Bund und Ländern zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Angriff zu nehmen, das über bisherige Standards *hinausgeht* und sich davon leiten läßt, daß es in der Bundesrepublik seit dem Oktober 1990 nicht nur quantitative Veränderungen gegeben hat, sondern eben auch qualitative.

Eine wirkliche Hochschulerneuerung muß in die junge WissenschaftlerInnengeneration investieren, die Reaktivierung etwa von Emeriti kann nur eine Übergangslösung sein.

Das „Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung“<sup>5</sup> bietet – trotz der schwerpunktmäßigen Orientierung auf die Naturwissenschaften – Ansätze, indem neben der Neustrukturierung der Hochschulen ein Schwergewicht auf die *personelle* Erneuerung gelegt wird. Bisherige Fördermöglichkeiten der Alt-Bundesländer kommen für die Ostwissenschaft in Anwendung und werden ergänzt (Angebot von Zusatzstudien, Wissenschaftler austausch, Fernstudien, Kooperationsprojekte). Zu bedenken aber ist, ob nicht ein *qualitativ* neuer Ansatz notwendig wäre. Zudem bleibt ein Grundproblem unberührt: die sich ausbildende Stellenstruktur. Eine an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtete Neustrukturierung der Fachdisziplinen scheitert beständig an der permanenten finanziellen Notlage und Überforderung gerade der Neuen Bundesländer. Aber wo selbst Zeit-Assistenzen wegen fehlender Mittel auf ein Minimum zusammenschrumpfen, verlieren auch Förderprogramme für den Nachwuchs einen Teil ihres eigentlichen Sinns.

---

<sup>5</sup> Vgl. Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den neuen Ländern (Anm. 4).

2. Gerade angesichts der Tatsache, daß doch in den geisteswissenschaftlichen Fächern ein besonderer Erneuerungsbedarf besteht, erscheint es nicht einsichtig, daß entstehende Strukturpläne mit dem Hinweis auf die eigentlich bekannten problematischen Verhältnisse an Universitäten der Alt-Bundesländer motiviert werden. Wie sollen Lehrkräfte und StudentenInnen der Neuen Bundesländer etwa Leerstellen eines zwölfjährigen Deutschunterrichts ausgleichen und Versäumtes nachholen, wenn sie sich nun urplötzlich in überfüllte Seminare versetzt sehen?

Ist es unrealistisch, anzumahnen, mit Blick auf die Vielzahl der aus den Alten Bundesländern bekannten Argumente<sup>6</sup> sehr sensibel und verantwortungsbewußt mit Stellenstreichungen zu sein? Wohl gemerkt, es geht nicht darum, etwa mit einem nur sozialen Impetus Arbeitsplätze zu sichern, wohl aber darum, hochmotivierten WissenschaftlerInnen überhaupt erst einmal eine Chance zu geben.

3. In Hinblick auf die in den Neuen Bundesländern ablaufenden Erneuerungs- und Umstrukturierungsprozesse ist für die Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses von besonderer Bedeutung:

- die angemessene Sicherung von Stellen in den Statusgruppen der in Forschung und Lehre integrierten Assistenten/Oberassistenten.
- Für einen Übergangszeitraum sollten ein höherer Anteil C1-Stellen als ‚Einstieg‘ in die Forschung/Lehre und C2-Stellen als Fortführung bereitgestellt werden.
- Einführung der Fiebig-Professuren in den Neuen Bundesländern, um gerade jungen WissenschaftlerInnen im Rahmen des Überleitungs- und Übernahmeprozesses bei nachgewiesener Qualifikation eine *zusätzliche* Chance zu geben. Zu prüfen wäre dabei, inwieweit verstärkt *Bundesmittel* einfließen.
- Ein- bzw. (Wieder)Einrichtung von Diätendozenturen.
- Überhaupt sollten im Prozeß der Neu- und Umberufung in den Neuen Bundesländern gerade VertreterInnen der jüngeren WissenschaftlerInnen-Generation – ohne künstlich Fronten zu bisherigen Hochschullehrern aufzumachen – gezielt Berücksichtigung finden.

Derzeit besteht allerdings die Gefahr, daß anvisierte Förderprogramme deshalb gar nicht mehr greifen, weil der größte Teil des Mittelbaus zum Zeitpunkt der möglichen Realisierung infolge von Strukturentscheidungen und Stellenkürzungen schon längst entlassen ist oder wegen Perspektivlosigkeit die Hochschule verlassen hat.

---

<sup>6</sup> Siehe dazu die differenzierte Analyse der Problemlage wie der Perspektiven der Geisteswissenschaften, der Germanistik, des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie die konzipierten theoretischen und praktischen Überlegungen bei Jürgen Förster, Eva Neuland, Gerhard Rupp (Hgg.), *Wozu noch Germanistik. Wissenschaft – Beruf – Kulturelle Praxis*, Stuttgart 1989, sowie das Heft 3 (1985) der Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes zum Thema „Wissenschaftlicher Nachwuchs – ohne Chancen?“